

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Inhalt:

- Ministerpräsidentin Manuela Schwesig besucht den Messestand des Zweckverbandes
- Infoma-Anwendertreffen
- Regionalkonferenzen auch in 2017 geplant
- Nutzungsvereinbarung für ISM-Tool „Verinice“ auf der Zielgeraden
- IP-Telefonie-Lösung des Landes
- Notwendige Anpassung des Fachverfahrens „Autista“
- Programm zur KiTa-Kostenabrechnung
- Update eRechnung
- Treffen des Verbandvorstehers mit der Deutschen Post
- Einrichtung einer Steuerungsgruppe im Zusammenhang mit der IT-Konsolidierung
- Umfrage bei unseren Mitgliedern

Termine (Terminübersicht unter www.ego-mv.de):

13.09.2017	ALLRIS Anwendertreffen	Güstrow
27.09.2017	DMS Anwendertreffen	Güstrow
09.10.2017	Regionalkonferenz	Neubrandenburg
10.10.2017	Regionalkonferenz	Bentwisch
11.10.2017	Regionalkonferenz	Schwerin
15.11.2017	Verbandsversammlung	Güstrow

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig besuchte den Messestand des Zweckverbandes auf der Kommunalen Messe 2017

(Anders)

Die Ministerpräsidentin, Manuela Schwesig, war zu Gast bei der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V. am 20.07.2017 in Güstrow. Im Rahmen dessen besuchte sie einige Stände der kommunalen Messe. Der Verbandsvorsteher, Herr Anders, freute sich sehr dass die Ministerpräsidentin auch den Stand des Zweckverbandes eGo-MV besuchte.



Abb. 2: v.l.n.r. Verbandsvorsteher Bernd Anders, Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Vorsitzender der Verbandsversammlung Dr. Stefan Fassbinder, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (Foto: ZV eGo-MV)



Abb. 1: Herr Anders (Verbandsvorsteher) begrüßte die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am Messestand des Zweckverbandes eGo-MV (Foto: ZV eGo-MV)

Frau Schwesig interessierte sich u.a. für die Gründungsziele des Verbandes, die Mitglieder und die Aufgaben. Herr Anders konnte sie umfangreich über den Werdegang und die Aufgaben des Verbandes informieren und dankte Frau Schwesig dafür, dass sie neben vielen anderen Themen auch die Digitalisierung als einen Schwerpunkt ihrer zukünftigen Aufgabe sieht. Er konnte ihr versichern, dass der Zweckverband sie bei dem Vorhaben tatkräftig unterstützen wird, hier vorrangig bei der

Digitalisierung der Verwaltungen im kommunalen Bereich.

Frau Schwesig hinterfragte auch ob Landkreise Mitglieder des Zweckverbandes seien. Dieses musste der Verbandsvorsteher leider verneinen, unterstrich jedoch, dass bei zahlreichen Themen und Vorhaben die Landkreise mit dem Zweckverband sehr gut zusammenarbeiten. Beispielhaft nannte er hier die Themen Kita-Online, i-KFZ, e-Vergabe usw.. Frau Schwesig unterstrich die Notwendigkeit, den Bürgern und Unternehmen mehr Verwaltungsdienstleistungen auf elektronischem Weg anzubieten. Hierbei setzt sie insbesondere auf die Regelungsinhalte des Onlinezugangverbesserungsgesetzes (OZG). Nach den wichtigsten Vorhaben des Verbandes befragt, nannte der Verbandsvorsteher die IT-Konsolidierung in den Kommunalverwaltungen. Da dies ein sehr umfangreiches und wichtiges Vorhaben ist, warb Herr Anders bei der Ministerpräsidentin um Unterstützung durch die Landesregierung zur erfolgreichen Umsetzung dieses Vorhabens.

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Infoma-Anwendertreffen für Oktober 2017 geplant

(Anders)

Im Zusammenhang mit der verstärkten Umsetzung des elektronischen Rechnungsworkflows, einhergehend mit der Pflicht zur Umsetzung der Richtlinie zur eRechnung, ist der Verband auf die Kollegen der Firma AXIANS Infoma GmbH und CC e-gov GmbH zugegangen und hat angeregt ein Anwendertreffen vor o. g. Hintergrund für die Infoma-Anwender in Mecklenburg-Vorpommern durchzuführen. Beide Unternehmen stimmten diesem Ansinnen zu und befinden sich derzeit mit der Geschäftsstelle des Verbandes in der Terminabstimmung. Derzeit ist der 17. oder 18.10.2017 vorgeschlagen. Die Veranstaltung soll im ITC Bentwisch stattfinden. Wir bitten die Infoma-Anwender sich diese beiden Termine vorzumerken. Nach der endgültigen Terminabstimmung werden wir zeitnah die Einladungen zur Veranstaltung verschicken..

Termine für Regionalkonferenzen 2017

(Kuprat)

Aufgrund der positiven Resonanz der Vorjahre finden auch in diesem Jahr wieder drei Regionalkonferenzen statt:

- 09.10.2017 Neubrandenburg
- 10.10.2017 Bentwisch
- 11.10.2017 Schwerin

Nutzungsvereinbarung für ISM-Tool „Verinice“ auf der Zielgeraden

(Anders/Kustos, GDSB)

Nach mehrfacher Ankündigung zur Nutzung des ISM-Tools „Verinice“ durch die Kommunen ist nun eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung und dem Zweckverband auf der Zielgeraden. Ein abgestimmter Vereinbarungsentwurf wird der Staatssekretärin zur Unterschrift vorgelegt. Nach entsprechender Beschlussfassung im Vorstand unseres Verbandes kann die Unterzeichnung durch den Vorstandsvorsteher erfolgen. Für die Mitnutzung durch die Kommunen übernimmt der Verband Aufgaben bzw. Pflichten die in o. g. Vereinbarung geregelt sind.

Die Nutzung des ISM-Tools, die Betriebs- und Pflegekosten betreffend, werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Lediglich für die Aufwendungen des Verbandes, wie z.B. die Erstellung eines Rollen- und Rechtekonzeptes, die Aufwände im Zusammenhang mit der Beantragung von Freischaltungen, des First-Level Supports usw., wird ein monatlicher Betrag von ca. 40,00€ für die nutzenden Verwaltungen anfallen.

Nutzungsberechtigt sind in erster Linie Kommunalbehörden und ihre Bediensteten, die mit den Themen Informationstechnik und Informationssicherheit betraut sind. Weiterhin sind nachgeordnete kommunale Einrichtungen wie Schulen und Kitas berechtigt das IT-Verfahren zu nutzen, sofern sie sich vollständig in kommunaler Trägerschaft befinden. Stadtwerke sind aufgrund ihrer Rechtsform nicht berechtigt, den verinice.PRO-Server des Landes zu nutzen.

Für alle Fragen rund um die Nutzung des ISMS-Tools verinice.PRO steht Ihnen Herr Kustos (Tel. 0385/773347-53, E-Mail pierre.kustos@ego-mv.de) gern zur Verfügung.

[nach oben](#)

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Mitnutzung der zentralen IP-Telefonie-Lösung des Landes wird nun auf den Weg gebracht

(Anders)

In einem Gespräch zwischen der Staatssekretärin, Frau Ulbrich, und dem Vorstandsvorsteher am 25.07.2017 wurde nunmehr abschließend über die Mitnutzungsmöglichkeit der zentralen IP-Telefonie-Lösung des Landes gesprochen.

Im September soll eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung und dem Zweckverband eGo-MV geschlossen werden. Auf Grundlage dieser Vereinbarung besteht dann die Möglichkeit, dass die Kommunalverwaltungen die zentrale IP-Telefonie Lösung des Landes, über den Zweckverband mit nutzen können.

In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals empfehlen im Zuge der Umstellung durch die Telekom auf „All IP“ bzw. in den Fällen, wo bereits jetzt schon Bedarf besteht und ein Ersatz vorhandener Telefonanlagen ansteht, von der zentralen Landeslösung Gebrauch zu machen.

Die durchschnittlichen Kosten, einschl. Endgerät, hatten wir bereits in unserer Vorabfrage mitgeteilt. In dieser wurde eine Bedarfsmeldung von ca. 2.000 für die Kernverwaltung und ca. 100 Ports (Endgeräte) für nachgeordnete Einrichtungen erhoben.

Für Rückfragen zu diesem Thema steht Ihnen Herr Anders (Tel.: 0385/773347-10, E-Mail: bernd.anders@ego-mv.de) jederzeit zur Verfügung.



Notwendige Anpassung des Fachverfahrens Autista durch das Gesetz „Ehe für alle!“

(Anders)

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag, den 30. Juni 2017, das „Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ beschlossen. Dieses Gesetz welches zum 01.10.2017 in Kraft tritt ermöglicht es nunmehr, dass eine Ehe von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen werden kann. Damit ergibt sich das zukünftig die Ehe von Personen gleichen Geschlechts nicht mehr in das Lebenspartnerschaftsregister innerhalb des Fachverfahrens, sondern im Eheregister beurkundet wird. Auch die Überführung der Beurkundung elektronischen Personenstandsregister sind durch dieses Gesetz betroffen. Dies bedingt, dass eine nicht unerhebliche Anpassung am Fachverfahren „Autista“ durch den Verlag für Standesamtswesen zu realisieren ist. Dies wiederum wird eine Erhöhung (ca. 2,5 % p.a.) der Pflegekosten ab dem Jahr 2018 nach sich ziehen. Wir bitten dies bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Für Rückfragen zu diesem Thema steht Ihnen Herr Anders (Tel.: 0385/773347-10, E-Mail: bernd.anders@ego-mv.de) zur Verfügung.

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Programm zur KiTa – Kostenabrechnung

(Gros)

Ein Programmpunkt im gegenwärtig laufenden Projekt „Kita 2“, welches der Zweckverband gemeinsam mit einigen Kommunen aus M-V durchführt, ist die Entwicklung eines Verfahrens zur effektiven und einfachen Abrechnung der Aufwände und Beiträge für die Kinderbetreuung in Einrichtungen durch Kommunen. Immer wieder ist der Verband daraufhin angesprochen worden, ob es nicht möglich ist im Rahmen der Arbeit im Bereich Kita-Portal – MV auch solche Fragen mit zu behandeln. Die Voruntersuchungen dazu haben gezeigt, dass der in den Amts- bzw. Stadt- oder Gemeindeverwaltungen betriebene Aufwand dazu nicht unerheblich ist und viel Zeit und Ressourcen bindet. Zudem sind die dazu geltenden Regelungen (Landes-, Kreis- und Gemeindeebene) und die zu beachtenden individuellen Einrichtungs- und Gemeindecätze unübersichtlich und unterliegen einer häufigen Änderung, der Kontrollaufwand ist nicht unerheblich und die oftmals erforderlichen Korrekturen und Nachbearbeitungen erschweren die Sache zusätzlich. Dies wird oft unterschätzt und erschwert es den zuständigen Mitarbeitern in den Verwaltungen zeitnah und fristgerecht die Abrechnungen vorzunehmen.

Nach einem guten halben Jahr Entwicklungs- und Bearbeitungsaufwand wurde nun bei der Beratung der Projektgruppe „Kita 2“ im Mai das erste Mal konkret ein auf dem Kitaverfahren MV basierendes Verfahren zur Kostenabrechnung für Kommunen vorgestellt.

Bestandteile des Verfahrens sind:

- Aufbau einer Kindervertrags - Bestandsdatenbank
- Vertragsverwaltung für gemeindeeigene, auswärtig betreute Kinder, einschließlich Berechnung und Abrechnung
- Vertragsverwaltung für auswärtige Kinder, die gemeindeintern betreut werden, einschließlich Berechnung und Abrechnung
- Verwaltung von Rechtsansprüchen und Rabatten in den jeweiligen Kind-Akten
- Berechnung der Kosten- und Gemeindeanteile auf Knopfdruck
- Anbindung an die Einwohnermeldeamtsdatenbank
- Inklusive Einzelprüfung der Stammdatensätze auf Knopfdruck
- Automatische nächtliche Gesamtprüfungsläufe
- Postfachnachrichten zu nicht erfolgreichen Prüfungsergebnisse
- Komfortable Korrekturmöglichkeit der Stammdatensätze
- Wartelistenmanagement, Bedarfsplanung, Auswertungen und Statistiken

Nachdem nun, auf der Basis der gemeinsam diskutierten und vorgeschlagenen Anpassungen, das Verfahren abschließend bearbeitet wird, soll es bis zum 4. Quartal fertiggestellt sein und in den Testverwaltungen Amt Zarrentin und Amt Lützow-Lübstorf erprobt werden. Das Verfahren steht dann voraussichtlich ab 2018 allen interessierten Kommunen in M-V zur Verfügung.

Als Ansprechpartner für Rückfragen zum Thema steht Ihnen Herr Gros (Tel.: 0385/773347-40, E-Mail: dirk.gros@ego-mv.de) gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Update eRechnung

(Gerhardt)

Im Juni dieses Jahres hat das Bundesministerium des Inneren einem „Referentenentwurf einer Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes“ bekanntgegeben. Der Entwurf, der in Teilen über die EU-Vorgaben hinausgeht, beinhaltet u.a. Regelungen über die Verbindlichkeit der elektronischen Form, das zu verwendende Rechnungsdatenmodell und die Übermittlungsart, die von den elektronischen Rechnungen zu erfüllenden Voraussetzungen, die Art und Weise der elektronischen Verarbeitung und konkretisiert somit die elektronische Rechnungslegung auf Bundesebene.

Nach Vorstellung des Bundesgesetzgebers soll u.a. der elektronische Rechnungsaustausch für Rechnungssteller als auch Rechnungsempfänger künftig (bis auf wenigen Ausnahmen) die einzige mögliche Option im öffentlichen Auftragswesen auf Bundesebene werden. Die Verpflichtung zum ausschließlich elektronischen Rechnungsaustausch soll dabei zum 27.11.2020 in Kraft treten. Neben den Empfang von eRechnungen wird auch die Verarbeitung von eRechnungen für Rechnungsempfänger des Bundes dann zur Pflicht wenn sie an das HKR-Verfahren des Bundes angeschlossen sind. Präferiertes Format soll dabei das nationale Datenaustauschformat XRechnung sein, welches die nationale Ausgestaltung der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung darstellt. Aber auch andere Datenaustauschformate, die der europäischen Norm entsprechen, sollen daneben zulässig sein.

Nunmehr ist die landesrechtliche Umsetzung der eRechnung abzuwarten. Es ist davon auszugehen, dass sich das Landesrecht am Bundesrecht orientieren wird. Mit der eRechnungs-Richtlinie der EU vom 16. April 2014, der demnächst finalisierten EU-Norm über die elektronische Rechnungsstellung, dem eRechnungsgesetz des Bundes vom 04.07.2017, dem Referentenentwurf einer Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes vom 22.06.2017, der noch nicht offiziell gültigen Version 1.0 des xRechnungs-Standards mit Arbeitsstand vom Mai 2017 ist aber eine gewisse Marschrichtung für die landesrechtliche Umsetzung vorgegeben. Zusätzlich kommt hinzu, dass der IT-Planungsrat in seiner 23. Sitzung den xRechnungsstandard als maßgeblich für die Umsetzung der eRechnungsrichtlinie beschließt. Damit haben die nationalen Hoheitsträger den elektronischen nationalen Rechnungsaustausch auf Basis des Standards xRechnung voranzutreiben.

Treffen des Verbandsvorstehers mit Vertretern der Deutschen Post zum Thema

ePost

(Anders)

Einige Mitglieder äußerten gegenüber dem Verbandsvorsteher den Wunsch, dass die Geschäftsstelle mit Vertretern der Deutschen Post zum Thema ePost ein Gespräch führt. Das Ziel besteht darin, das Portfolio der Deutschen Post zu diesem Dienstleistungsbereich zu besprechen und die Anforderungen, Rahmenbedingungen und Konditionen für die Mitglieder des Verbandes zu erörtern. Dieses Gespräch findet nunmehr am 15. August 2017 in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes statt. Über die Inhalte werden wir Sie zeitnah informieren.

Newsletter

Ausgabe 37 | 2017

Einrichtung einer Steuerungsgruppe im Zusammenhang mit der IT-Konsolidierung

(Anders)

Die Verbandsversammlung unseres Verbandes hat am 17.05.2017 im Zusammenhang mit der IT-Konsolidierung die Einrichtung einer Steuerungsgruppe beschlossen. Im unmittelbaren Anschluss an die Verbandsversammlung und in den darauffolgenden Tagen haben sich folgende Kolleginnen und Kollegen zur Mitwirkung bereit erklärt.

Frau Voß, Stadt Burg Stargard

Herr Jahnke, Stadt Grevesmühlen

Herr Pfost, Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Herr Hahnel, Stadt Pasewalk

Frau Niewelt, Amt Neverin

Herr Füsting, Stadt Neubrandenburg

Herr Volkmann, Amt Zarrentin

Aus dem ehemaligen Kernteam arbeiten Frau Wilde – Stadt Bützow, Frau Mandlik – Stadt Boizenburg und Herr Utecht – Amt Ludwigslust-Land mit. Von Seiten der Geschäftsstelle arbeitet Herr Kustos in seiner Eigenschaft als Datenschutzbeauftragter bzw. IT-Sicherheitsbeauftragter mit. Diese Arbeitsgruppe wird geleitet von Herrn Gros aus der Geschäftsstelle unseres Verbandes.

Am 12.07.2017 hat die Steuerungsgruppe ihre erste Beratung durchgeführt. Inhaltlich ging es dabei um Aufgabenschwerpunkte die zukünftig durch die Steuerungsgruppe wahrgenommen werden sollen.

Umfragen bei unseren Mitgliedern

(Anders)

Wir bitten um Verständnis, dass wir in Kürze zu einigen Themen in einer Umfrage unsere Mitglieder um Mitwirkung bitten. Diese Umfragen sind erforderlich, da zu verschiedenen Themen durch die Mitglieder Wünsche an die Geschäftsstelle herangetragen wurden. Aber auch in Bezug auf die noch abzuschließenden Vereinbarungen bzgl. IP-Telefonie und „Verinice“ macht sich eine Umfrage notwendig. Diese werden wir versuchen in einer „Sammelumfrage“ zu konzentrieren um mehrfache Umfragen bei unseren Mitgliedsverwaltungen zu vermeiden. Wir bitten bereits jetzt alle Mitgliedsverwaltungen, die ein entsprechendes Interesse an den abgefragten Themen bzw. Lösungen haben, im gewünschten Zeitraum zu antworten.

Weitere Themen, mit denen sich der Verband derzeit befasst (Auszug):

- Einführung DMS/E-Akte
- Breitbandausbau
- Online-Wohngeld Fachverfahren
- und weitere